

Niederschrift

über die 3. Sitzung (öffentlicher Teil)
des Rates

am Mittwoch, **11.02.2026**, 16:38 Uhr - 18:21 Uhr,
Festsaal, 1. Etage, Rathaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der Fraktion GRÜNE:

Andrea Blome, Dominic Brauner, Dr. Annika Bürger, Marie Diekmann, Michael Fiege, Dr. Katharina Foreman, Simon Haack, Mathilda Harbering, Leon Herbstmann, Anna Hünker, Lena Ilseemann, Anja Kallfelz, Katharina Könning, Dr. Robin Korte, Medya Mustafa, Carsten Peters, Dr. Leandra Praetzel, Klaus Rosenau, Christine Schulz, Benedikt Spangenberg, Albert Wenzel

von der CDU-Fraktion:

Marcus Bielefeld, Olaf Bloch, Andreas Bracht, Meik Bruns, Dr. Dietmar Erber, Carmen Greefrath, Alf Rüdiger Kaßenbrock, Mathias Kersting, Stefan Leschniok, Babette Lichtenstein van Lengerich, Jutta Malik, Martin Peitzmeier, Dr. Britta-Antonia Riederer Freifrau von Paar zu Schönau, Carolin Schwarz, Angela Stähler, Jolanta Vogelberg, Stefan Weber, Thomas Werth, Peter Wolfgarten

von der SPD-Fraktion:

Noah Börnhorst, Stephan Brinktrine, Doris Feldmann, Philipp Hagemann, Lia Kirsch, Christian Lüler, Charlotte Post, Maria Winkel

von der Fraktion Die Linke:

Lara Bösche, Fatma Karana, Dr. Katharina Martinewski, Sebastian Nahrwold

von der Fraktion Volt:

Maren Berkenheide, Helene Goldbeck, Sven Konopka

von der Ratsgruppe FDP:

Jörg Berens, Claudia Grönefeld

von der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP:

Michael Krapp, Lars Nowak

von der AfD-Ratsgruppe:

Helmut Birke, Holger Lucius

fraktionslos:

Hans-Jürgen Scholte

Vorsitz:

Oberbürgermeister Tilman Fuchs

von der Verwaltung:

Larissa Aldehoff, Julia Dickfer, Lukas Fiegen, Markus Göpel, Matthias Herding, Wolfgang Heuer, Christoph Kattentidt, Heike Krüger, Arno Minas, Frank Möller, Thomas Paal, Axel Remmeke, Stefanie Remmers, Franziska Weber, Cornelia Wilkens, Christine Zeller

für die Schriftführung:

Andreas Lembeck

Es fehlte/n:

Dr. Tanja Andor (SPD), Jacob Bohé (Die Linke), Stefan Proske-Schuppelius (Die Linke), Walter von Gökels (CDU)

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die 3. Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Rates am 11.02.2026

Tagesordnung

- | | |
|---|--|
| <p><u>EF/0001/2026</u>
OB</p> | <p>1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner</p> |
| <p><u>V/0097/2026/1</u>
<u>V/0097/2026</u>
OB</p> | <p>1.1. Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen (THG-Emissionen) im Verkehrssektor</p> <p>2. Aktuelle Stunde</p> <p>3. Eingänge und Mitteilungen</p> <p>4. Anregungen gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen</p> <p>5. Anfragen von Ratsmitgliedern</p> |

- | | |
|--|--|
| <u>ABV/0001/2026</u>
III | 6. Anregungen der Bezirksvertretungen |
| <u>ABV/0002/2026</u>
VI | 6.1. Überplanung der Corrensstraße
Anregung der Bezirksvertretung Münster-West
Verweisungsvorschlag:
Ausschuss für Verkehr und Mobilität |
| | 6.2. Etat des Amtes für Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit erhöhen
Anregung der Bezirksvertretung Münster-West
Verweisungsvorschlag:
Ausschuss für Umweltschutz, Klimaschutz und Bauwesen |
| | 7. Anregungen der Kommunalen Seniorenvertretung Münster |
| | 8. Anregungen des Jugendrates |
| | 9. Anregungen der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderung |
| | 10. Anträge von Ratsmitgliedern nach § 3 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates (sofortige Beschlussfassung) |
| <u>A-R/0006/2026</u>
I | 10.1. Risiken im Umgang mit Atommüll minimieren - Keine Uran- und Castor-Transporte durch Münster
Gemeinsamer Antrag der Fraktion GRÜNE, der SPD-Fraktion, der Fraktion Volt, der Die Linke Ratsfraktion Münster und der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP - Gruppe |
| <u>V/0100/2026</u>
I | 11. Allgemeine/r Vertreter/in des Oberbürgermeisters |
| <u>V/0662/2025</u>
OB | 12. Kommunales Klimacontrolling 2025 |
| <u>V/0083/2026</u>
OB | 13. Zukunft des Services @muenster.de-Mail-Adressen |
| <u>V/0068/2026/1</u>
<u>V/0068/2026</u>
OB | 14. Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner |
| <u>V/0060/2026</u>
II | 15. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im 2. Halbjahr 2025 |
| <u>V/0089/2026</u>
II | 16. Wesentliche Beteiligungen im Sinne der Zuständigkeitsordnung für die Zuständigkeiten des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung in Beteiligungsangelegenheiten |

<u>V/0093/2026</u> II	17.	Ergebnis der Teilnahme am anteiligen Entschuldungsprogramm nach dem Altschuldenentlastungsgesetz des Landes Nordrhein- Westfalen
<u>V/0025/2026</u> III	18.	Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung Anwendung der Regelungen in Münster - Leitlinien
<u>V/0660/2025</u> III	19.	Hörsterstraße - Zukunft StadtRaum Martiniviertel - Beschluss verkehrstechnischer Entwurf -
<u>V/0039/2026</u> III	20.	Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung D/0015/2025 zur Änderung der "Allgemeinen Vorschrift zur Festlegung des Deutschlandtickets als Höchsttarif" ab 01.01.2026
<u>V/0056/2026</u> III	21.	Wirtschaftsplan 2026 von Münster Marketing
	22.	Anträge von Ratsmitgliedern nach § 3 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates
<u>A-R/0052/2025</u> VI	22.1.	Einführung eines digitalen Zeitfenster- Buchungssystems für die Recyclinghöfe der AWM - Mehr Service, längere Öffnungszeiten, weniger Wartezeiten - Antrag der CDU-Fraktion Verweisungsvorschlag: Betriebsausschuss der Abfallwirtschaftsbetriebe Münster
<u>A-R/0001/2026</u> I	22.2.	Silvester in Münster verantwortungsvoll gestalten - Sicherheit stärken, Belastungen reduzieren, Traditionen respektieren Antrag der CDU-Fraktion Verweisungsvorschlag: Ausschuss für Personal, Sicherheit und Ordnung
<u>A-R/0002/2026</u> VI	22.3.	Spielplatzsanierung beschleunigen - Prioritäten klären - Umsetzungstau beenden Antrag der CDU-Fraktion Verweisungsvorschlag: Ausschuss für Umweltschutz, Klimaschutz und Bauwesen
<u>A-R/0003/2026</u> OB	22.4.	Keine Veränderung des Bundestagswahlkreischnitts für die Stadt Münster Antrag der CDU-Fraktion Verweisungsvorschlag: Hauptausschuss

<u>A-R/0004/2026</u> III	22.5.	Verbessertes zentrales Baustellenmanagement in Münster - Koordination stärken, Belastungen reduzieren Antrag der CDU-Fraktion Verweisungsvorschlag: Ausschuss für Verkehr und Mobilität
<u>A-R/0005/2026</u> I	22.6.	Mehr Zeit für Menschen: KI-Strategie als Rückenwind für den Bürgerservice Antrag der CDU-Fraktion Verweisungsvorschlag: Hauptausschuss
<u>A-R/0007/2026</u> IV	22.7.	Sportförderrichtlinie überarbeiten und Sporthaushalt neuordnen Gemeinsamer Antrag der Fraktion GRÜNE, der SPD-Fraktion und der Fraktion Volt Verweisungsvorschlag: Sportausschuss
<u>A-R/0008/2026</u> III	22.8.	Handlungsempfehlungen und Leitlinien zur Beleuchtung Gemeinsamer Antrag der Fraktion GRÜNE, der SPD-Fraktion und der Fraktion Volt Verweisungsvorschlag: Ausschuss für Verkehr und Mobilität
<u>A-R/0009/2026</u> II	22.9.	Einführung der Grundsteuer C zur Begrenzung von Bodenspekulation prüfen Gemeinsamer Antrag der Fraktion GRÜNE, der SPD-Fraktion und der Fraktion Volt Verweisungsvorschlag: Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung
<u>V/0090/2026/1</u> <u>V/0090/2026</u> OB	23.	Umbesetzungen in Ausschüssen des Rates und sonstigen Gremien
	24.	Verschiedenes

Herr **Fuchs** eröffnete die öffentliche Sitzung des Rates und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

Herr **Fuchs** begrüßte die Mitglieder des Rates, die Bezirksbürgermeisterinnen und die Bezirksbürgermeister, die Vorsitzende des Ausschusses für Chancengerechtigkeit Integrationsrates - Frau Natalia Vaas, Vertreterinnen und Vertreter der Kommunalen Seniorenvertretung und Vertreterinnen und Vertreter des Jugendrates, Vertreterinnen und Vertreter des Personalrates und die Damen und Herren der Presse und die Zuschauerinnen und Zuschauer (auch digital), insbesondere Teilnehmende der Hochschule für Polizei und Verwaltung unter der Leitung von Herrn Dr. Adam Strzoda.

Herr **Fuchs** gratulierte Sebastian Nahrwold zum Geburtstag und überreichte Blumen.

Punkt 1 der Tagesordnung

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Herr **Fuchs** führte aus:

„Nach § 13 der Geschäftsordnung des Rates ist eine Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner in die Tagesordnung aufzunehmen. Fragen, die sich auf einen Punkt in der Tagesordnung beziehen, werden nicht behandelt. Die Gesamtdauer der Einwohnerfragestunde soll 45 Minuten nicht überschreiten, wobei die Redezeit pro Wortbeitrag auf 2 Minuten begrenzt ist. Jede/-r Einwohner/-in ist berechtigt, eine Einwohnerfrage zu einer Sitzung einzureichen. Zusatzfragen sind nicht vorgesehen.“

Für die heutige Sitzung wurde eine Einwohnerfrage eingereicht:

Einwohnerfrage EF/0001/2026

Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen (THG-Emissionen) im Verkehrssektor

Fragesteller: Christian Ladleif

Beantwortung: Arno Minas

Punkt 1.1 der Tagesordnung EF/0001/2026

Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen (THG-Emissionen) im Verkehrssektor

Herr **Ladleif** stellte folgende Frage:

„Welche Maßnahmen wird die Verwaltung unmittelbar in die Wege leiten, um die THG-Emissionen im Verkehrssektor spürbar zu reduzieren und in welchem Umfang sollen jährlich die CO₂-Emissionen in diesem Bereich gesenkt werden.“

Herr **Minas** antwortete für die Verwaltung:

„Vielen Dank, dass Sie mit Ihrer Frage wieder den Fokus auf eine der zentralen Herausforderungen des Klimaschutzes legen.“

Die aktuelle Energie- und Treibhausgasbilanz zeigt, dass Münster durchaus auf dem richtigen Weg ist, aber wir deutlich mehr Geschwindigkeit aufbauen müssen, und zwar in allen Bereichen, bei der Wärmewende, der Energiewende und der Mobilitätswende.

In der Sitzung des Rates am 05. November letzten Jahres hat unser Oberbürgermeister bereits gesagt, dass Münster am 01.01.2031 nicht vollständig klimaneutral sein wird – so sehr wir uns das wünschen würden.

Diese Aussage ändert aber nichts an der Dringlichkeit des Handlungsbedarfs im Hinblick auf Klimaschutz und Klimafolgenanpassung. Und um den Handlungsbedarf und dessen Dringlichkeit transparent darzustellen, erstellen wir als Stadtverwaltung Münster jedes Jahr eine Energie- und Treibhausgasbilanz und weisen darüber hinaus auch ein sogenanntes CO₂-Restbudget aus. Das CO₂-Budget ist ein anerkanntes Konzept der Klimawissenschaften,

welches aufzeigt, wie viele Emissionen noch maximal ausgestoßen werden dürfen, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens in Bezug auf die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad zu erreichen. In der Konzeptstudie Münster Klimaneutralität 2030 wurde dieses Konzept methodisch auf die Stadt Münster übertragen.

Sowohl für das Ziel Klimaneutralität 2030 als auch für das CO₂-Budget gilt, dass wir nach heutigem Stand die Ziele nicht erreichen werden. Dennoch sind beide für uns als Stadtgesellschaft wichtige Maßgaben, um uns Größe und Dringlichkeit der Herausforderungen in Sachen Klimaschutz und Klimaanpassung schonungslos vor Augen zu halten.

Für den Bereich Mobilität bedeutet das konkret:

Die städtischen Klimaschutzziele wurden auch im Masterplan Mobilität Münster 2035+ aufgegriffen. So wurden Szenarienrechnungen erstellt mit dem Ergebnis, dass eine lokale Klimaneutralität im Bereich der Mobilität von den Kommunen allein nicht erreicht werden kann. Vielmehr sind zahlreiche exogene Faktoren auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene zur Dekarbonisierung des Verkehrs notwendig. Mit dem mit dem Masterplan beschlossenen Umsetzungsszenario können die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2035 jedoch mehr als halbiert werden. Bis zum Jahr 2045 ist eine Reduzierung auf rund 20% des Ausgangswertes aus dem Jahr 2022 möglich.

Wie dies erreicht werden soll, machen viele der im Masterplan Mobilität erarbeiteten Maßnahmen deutlich, die aktuell bereits umgesetzt werden:

1. Bewohnerparken und Parkraummanagement

Die Einführung von Bewohnerparkzonen in Wohnquartieren zielt darauf ab, den Parkdruck zu reduzieren, den Parksuchverkehr zu verringern und dadurch Anreize zu setzen, auf klimafreundlichere Verkehrsmittel umzusteigen. Daher wurde die Bewohnerzone L ‚Klein Muffi‘ bereits umgesetzt, die Bewohnerparkzone F ‚Südviertel‘ wurde angepasst und die Einführung der Bewohnerparkzonen M ‚Pluggendorf‘ und N ‚Erphoviertel‘ steht unmittelbar bevor. Auch die Anpassungen der Parkgebühren Teil zielen darauf ab, die Nachfrage nach Parkraum gezielter zu lenken.

2. Carsharing und Mobilstationen

Die Stadt baut die Carsharing-Angebote aus, um flexible Mobilität ohne eigenen Pkw zu ermöglichen. Ein entsprechendes Vergabeverfahren ist im Januar 2026 abgeschlossen worden.

Zusätzlich werden 31 Mobilstationen, an denen verschiedene Mobilitätsangebote wie Carsharing, ÖPNV-Haltepunkte, Fahrradinfrastruktur und E-Ladepunkte gebündelt verfügbar sind, bis 2030 im gesamten Stadtgebiet ausgebaut.

3. Ausbau der Elektroladinfrastruktur

Ein flächendeckender Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektroautos ist ebenfalls Teil der Klimaschutzstrategie, um den Wechsel zu emissionsarmen Fahrzeugen zu erleichtern. In Kooperation mit den Stadtwerken und weiteren privaten Ladesäulenbetreibern wurden zuletzt knapp 100 neue, öffentlich zugängliche Ladepunkte in Betrieb genommen, so dass auf dem Stadtgebiet aktuell 621 öffentliche Ladepunkte bestehen.

4. Velorouten und Radinfrastruktur

Zudem sind weitere Investitionen in Velorouten-Netze, sichere Abstellanlagen und Pedelec-/E-Bike-Infrastruktur auf den Weg gebracht worden, u.a. werden alle auf dem Gebiet der Stadt

Münster befindlichen Haltepunkte der Westfälischen Landeseisenbahn (WLE) mit Leezenboxen ausgestattet. Über 100km weiterer Fahrradwege, davon 60 km in Form von Fahrradstraßen und Velorouten sind bereits geplant. Die verstärkte Verknüpfung von Radwegen in das Umland sollen zudem Pendelströme auf das Rad verlagern.

5. Ausbau und Qualitätsverbesserungen im ÖPNV

Um den Anteil des öffentlichen Personennahverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen weiter zu steigern, stellt die Stadt Münster einen 4. Nahverkehrsplan auf. Mit der Erarbeitung wurde im Januar 2026 begonnen. Ziel des 4. Nahverkehrsplanes ist es, die Kapazitäten und Beförderungszeiten im ÖPNV zu verbessern und diesen hinsichtlich seiner Taktung besser mit anderen Mobilitätsangeboten, z.B. im Stadt-Umland-Verkehr, zu verknüpfen.

Das hohe Verkehrsaufkommen durch Pendlerinnen und Pendler und den regionalen Verkehr kann dabei nur gemeinsam mit den Umlandkommunen und Kreisen beeinflusst werden. Mit ihnen arbeitet die Stadt Münster intensiv daran, attraktive Alternativen zum motorisierten Individualverkehr zu schaffen und den Schienenpersonennahverkehr sowie den regionalen Busverkehr deutlich zu verbessern und zuverlässiger zu gestalten. Für einen wichtigen Baustein, die Reaktivierung der WLE-Strecke nach Sendenhorst, konnte mit der jüngst erfolgten Planfeststellung ein Meilenstein erreicht werden.“

Frau **Dr. Bürger** (GRÜNE), Herr **Lüer** (SPD), Herr **Krapp** (Die PARTEI/ÖDP), Frau **Berkenheide** (Volt) und Herr **Birke** (AfD) antworteten.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelle Stunde

Es wurde keine Aktuelle Stunde beantragt.

Punkt 3 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Herr **Weber** führte bezüglich des Bürgerentscheides im Stadtbezirk Münster-Mitte am 08.02.2026 - „Sollen die am 6. Mai 2025 in der Bezirksvertretung Münster-Mitte gefassten Beschlüsse zur Änderung der Straßennamen Skagerrakstraße, Langemarckstraße, Admiral-Scheer-Straße, Admiral-Spee-Straße und Otto-Weddigen-Straße aufgehoben und die Straßennamen unverändert erhalten bleiben?“ - aus, dass er von der Verwaltung ein Statement zu den Auswirkungen bzw. zur weiteren Vorgehensweise mit den vorliegenden Anregungen zur Umbenennung von drei Straßen erwartet hätte.

Herr **Fuchs** teilte mit, dass der verantwortliche Dezernent, Herr Denstorff, heute abwesenheitsbedingt keine Stellung nehmen kann, betonte aber, dass sich die Verwaltung mit den sich aus dem Bürgerentscheid ergebenden Konsequenzen beschäftigen und den Rat informieren wird.

Punkt 4 der Tagesordnung V/0097/2026/1 V/0097/2026

Anregungen gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen

Es lag eine Ergänzung zur Vorlage vor.

Der Rat nahm unter Berücksichtigung der Ergänzungsvorlage zur Kenntnis:

„Folgende Anregungen gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen sind eingegangen:

Jahr-Nr.	Antragsanliegen	Entscheidungszuständigkeit (Das Anhörungs- und Beratungsrecht weiterer Gremien bleibt unberührt.)
2025-00169	Es wird angeregt, den E-Mail-Account münster.de weiterzuführen.	Rat
2025-00171	Es wird die Finanzierung einer von moNOKultur Münster e. V. verantworteten Koordinierungsstelle für die Entwicklung eines Betreiberkonzeptes für das Kunst- und Kulturzentrum Hoppengarten über einen Zeitraum von drei Jahren in Höhe von 35.000 Euro beantragt.	Rat im Rahmen der Etatberatungen 2026/2027
2025-00172	Es werden verkehrslenkende Maßnahmen angeregt, um den Durchgangsverkehr in der Brunnenstraße dauerhaft zu reduzieren.	Verwaltung
2026-00001	Um die Verkehrssituation Hoppengarten/Schleusenweg zu optimieren, wird angeregt, - Hinweisschilder für Verkehrsteilnehmer (gegenseitige Rücksichtnahme, verringerte Geschwindigkeit für Radfahrer) aufzustellen (1), - ausreichend Abfallbehälter aufzustellen (2), - eine Freilauffläche für Hunde einzurichten (3).	Verwaltung
2026-00002	Es wird angeregt, keine Windenergieanlage am Autobahnkreuz Münster-Süd zu errichten.	Rat im Rahmen des Bauleitplanverfahrens
2026-00003	Es wird angeregt zu prüfen, ob die Domain @muenster.de von einem externen Dienstleister wie z. B. posteo.de oder mailbox.org weiter betrieben werden kann.	Rat
2026-00004	Es wird angeregt, das Gutachten zur Standardisierten Bewertung für die Reaktivierung der SPNV auf der WLE-Strecke zwischen Sendenhorst und Münster HBF zu beanstanden und weder als Grundlage für weitere Planungsschritte noch für die Umsetzung heranzuziehen. Des Weiteren wird angeregt, den Gutachter aufzufordern, eine Berechnung nur auf der Basis des beschlossenen Nahverkehrsplans hinsichtlich der Buslinie 8 vorzunehmen.	Rat
2026-00005	Es wird angeregt, auf der Weseler Straße und Am Stadtgraben im Innenstadtbereich (Aasee, Übergang Promenade, Schloss) Tempo-30-Zonen einzurichten.	Verwaltung zur Vorprüfung
2026-00006	Es wird angeregt, dass der Rat - die aktuellen Transporte von abgereichertem Uranhexafluorid über Münsteraner Stadtgebiet ablehnt, - die Stadtverwaltung beauftragt, die Fa. Urenco aufzufordern, auf derartige Urantransporte über	Rat

	das Münsteraner Stadtgebiet zu verzichten, - die aktuell geplanten Castor-Transporte mit hochradioaktivem Atommüll von Jülich und München zum Zwischenlager Ahaus ablehnt, - eine mögliche Streckenführung über die A1 im Westen von Münster ablehnt, - die Stadtverwaltung beauftragt, bei der Landesregierung und beim Bundesumweltministerium auf einen Verzicht der Castortransporte hinzuwirken, solange es kein Endlager gibt und - die Ziele des Atomausstiegs begrüßt und die Produktion neuen Atommülls in den Atomanlagen Gronau, Lingen und Garching ablehnt.	
2026-00007	Es wird angeregt, die Mitnutzung der Busspuren durch ambulante Pflegedienste in Münster zu prüfen.	Verwaltung
2026-00008	Es wird angeregt, i. R. des verkehrstechnischen Entwurfs der Hörsterstraße einen Durchgang durch die Grüninsel in Höhe Hausnummer 52 zu schaffen, einen der beiden Baumstandorte vor dem Haus zu verlagern und die Fahrradabstellanlagen zu vergrößern.	Rat im Rahmen der Vorlage V/0660/2025
2026-00009	Es werden verschiedene Änderungen zum Planungsbeschluss ‚Westhoffstraße - Grundhafte Erneuerung zwischen Dauvemühle und der Brücke Kinderbach‘ (Vorlage V/0602/2025) angeregt.	Ausschuss für Verkehr und Mobilität im Rahmen der Vorlage V/0602/2025
2026-00010	Es wird angeregt, im Grünen Finger in Gievenbeck eine Beleuchtung mit Bewegungsmelder zu installieren.	Verwaltung zur Vorprüfung
2026-00011	Es wird angeregt, das Gutachten zur Standardisierten Bewertung für die Reaktivierung der SPNV auf der WLE-Strecke zwischen Sendenhorst und Münster HBF zu beanstanden und weder als Grundlage für weitere Planungsschritte noch für die Umsetzung heranzuziehen. Des Weiteren wird angeregt, den Gutachter aufzufordern, eine Berechnung nur auf der Basis des beschlossenen Nahverkehrsplans hinsichtlich der Buslinie 8 vorzunehmen.	Rat
2026-00012	Es wird angeregt, das Gutachten zur Standardisierten Bewertung für die Reaktivierung der SPNV auf der WLE-Strecke zwischen Sendenhorst und Münster HBF zu beanstanden und weder als Grundlage für weitere Planungsschritte noch für die Umsetzung heranzuziehen. Des Weiteren wird angeregt, den Gutachter aufzufordern, eine Berechnung nur auf der Basis des beschlossenen Nahverkehrsplans hinsichtlich der Buslinie 8 vorzunehmen.	Rat
2026-00013	Es wird angeregt, den Ausbau der Fernwärme zu beschleunigen.	Verwaltung zur Vorprüfung

2026-00014	Es wird angeregt, dass die Verwaltung auf Grundlage des Gutachtens von INOVAPLAN und einer Mikrosimulation für die B51 (Mauritz, Handorf, Telgte, Warendorf) Möglichkeiten von weiteren Varianten erarbeitet. Des Weiteren soll der durch Ratsbeschluss im Jahr 2020 ins Leben gerufene Arbeitskreis reaktiviert werden, um Maßnahmen der Mobilitätsverbesserung zu erarbeiten, aufzuzeigen und umzusetzen. Für die Erarbeitung der aufgezeigten Maßnahmen zur Mobilitätsoptimierung und den Moderationsprozess werden im Haushalt 2026/2027 je 50.000 Euro eingestellt.	Verwaltung zur Vorprüfung
2026-00015	Es wird angeregt, die Parkplätze an der Stettiner Straße gegenüber Hausnummern 29-35 senkrecht bzw. leicht schräg zur Fahrbahn anzuordnen und entsprechend zu markieren.	Verwaltung
2026-00016	Es wird angeregt, die mit der Vorlage V/0140/2017 beschlossene Maßnahme ‚Aa-Hochwasserschutz Kanalstraße nördlich Lublinring‘ (Baustufe 5) umzusetzen.	Verwaltung
2026-00017	Es wird angeregt, den Zugang zu amtlichen Geodaten der Stadt Münster grundlegend zu verbessern und zeitgemäß zu organisieren und dafür die Einführung eines zentralen, automatisierten Geodaten-Downloadportals zu prüfen.	Verwaltung
2026-00019	Es wird angeregt, die Busfahrten zum Schwimmunterricht für die Kinder der Matthias-Claudius-Schule in Handorf fortzuführen.	Rat im Rahmen der Etatberatungen 2026/2027
2026-00024	Es wird angeregt, die Busfahrten zum Schwimmunterricht für die Kinder der Matthias-Claudius-Schule in Handorf fortzuführen.	Rat im Rahmen der Etatberatungen 2026/2027
2026-00025	Es wird angeregt, die Busfahrten zum Schwimmunterricht für die Kinder der Matthias-Claudius-Schule in Handorf fortzuführen.	Rat im Rahmen der Etatberatungen 2026/2027
2026-00027	Es wird angeregt, die Busfahrten zum Schwimmunterricht für die Kinder der Matthias-Claudius-Schule in Handorf fortzuführen.	Rat im Rahmen der Etatberatungen 2026/2027
2026-00028	Es wird angeregt, die Busfahrten zum Schwimmunterricht für die Kinder der Grundschulen in Handorf fortzuführen.	Rat im Rahmen der Etatberatungen 2026/2027
2026-00029	Es wird angeregt, die Busfahrten zum Schwimmunterricht für die Kinder der Kardinal von Galen Grundschule in Handorf fortzuführen.	Rat im Rahmen der Etatberatungen 2026/2027

Die Anregungen Nr. 2025-00172, 2026-00005 und 2026-00008 wurden sowohl an den Rat als auch an die Bezirksvertretung Münster-Mitte gerichtet und wurden bzw. werden den Mitgliedern der Bezirksvertretung in der Sitzung am 20.01.2026 (Nr. 2025-00172, 2026-00005) und am 18.02.2026 (Nr. 2026-00008) bekannt gegeben.

Die Anregung Nr. 2026-00009 wurde sowohl an den Rat als auch an die Bezirksvertretung Münster-Nord gerichtet und wird den Mitgliedern der Bezirksvertretung in der Sitzung am 24.02.2026 bekannt gegeben.

Die Anregungen Nr. 2026-00015 und 2026-00016 wurden sowohl an den Rat als auch an die Bezirksvertretung Münster-Mitte gerichtet und werden den Mitgliedern der Bezirksvertretung in der Sitzung am 18.02.2026 bekannt gegeben.

Die Anregungen Nr. 2026-00019, 2026-00024, 2026-00025, 2026-00028 und 2026-00029 wurden sowohl an den Rat als auch an die Bezirksvertretung Münster-Ost gerichtet und werden den Mitgliedern der Bezirksvertretung in der Sitzung am 19.02.2026 bekannt gegeben.“

Punkt 5 der Tagesordnung

Anfragen von Ratsmitgliedern

Es lagen keine Anfragen von Ratsmitgliedern vor.

Punkt 6 der Tagesordnung

Anregungen der Bezirksvertretungen

Punkt 6.1 der Tagesordnung ABV/0001/2026

Überplanung der Corrensstraße

Es lag folgende Anregung der Bezirksvertretung Münster-West an den Rat vor:

„Überplanung der Corrensstraße

Die Bezirksvertretung West regt den Rat der Stadt Münster an, folgende Maßnahmen zu beschließen:

1. Die grundsätzliche Überplanung der Corrensstraße im Zuge der Entwicklung des Wissensquartiers West wird beibehalten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Flächenverteilung der Straße schon jetzt zugunsten des Bus-, Rad- und Fußverkehrs zu ändern. Hierfür kann z. B. die rechte Fahrbahn zu einem Radfahrstreifen mit Bus Frei geändert werden.
3. In einem ersten Schritt fokussiert der Umbau auf Markierungs- und Beschilderungsmaßnahmen und ggf. einer Anpassung der LSA-Schaltungen.“

Herr **Fuchs** schlug vor, die Anregung an den Ausschuss für Verkehr und Mobilität zu verweisen. Gegen den Vorschlag erhob sich kein Widerspruch. Somit wurde die Anregung an den Ausschuss für Verkehr und Mobilität verwiesen.

Punkt 6.2 der Tagesordnung ABV/0002/2026

Etat des Amtes für Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit erhöhen

Es lag folgende Anregung der Bezirksvertretung Münster-West an den Rat vor:

„Etat des Amtes für Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit erhöhen

Die BV-West möge beschließen: Der Rat der Stadt Münster wird aufgefordert im Zuge der Haushaltsberatungen für die Jahre 2026/2027, das Amt für Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit mit einem angemessenen Personal- und Sachkostenbudget auszustatten.“

Herr **Fuchs** schlug vor, die Anregung an den Ausschuss für Umweltschutz, Klimaschutz und Bauwesen zu verweisen.

Gegen den Vorschlag erhob sich kein Widerspruch.

Somit wurde die Anregung an den Ausschuss für Umweltschutz, Klimaschutz und Bauwesen verwiesen.

Punkt 7 der Tagesordnung	Anregungen der Kommunalen Seniorenvertretung Münster
---------------------------------	---

Es lagen keine Anregungen der Kommunalen Seniorenvertretung Münster vor.

Punkt 8 der Tagesordnung	Anregungen des Jugendrates
---------------------------------	-----------------------------------

Es lagen keine Anregungen des Jugendrates vor.

Punkt 9 der Tagesordnung	Anregungen der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderung
---------------------------------	---

Es lagen keine Anregungen der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderung vor.

Punkt 10 der Tagesordnung	Anträge von Ratsmitgliedern nach § 3 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates (sofortige Beschlussfassung)
----------------------------------	--

Punkt 10.1 der Tagesordnung A-R/0006/2026	Risiken im Umgang mit Atommüll minimieren - Keine Uran- und Castor-Transporte durch Münster
--	--

Frau **Dr. Praetzel** stellte für die Fraktion GRÜNE, die SPD-Fraktion, die Fraktion Volt, die Die Linke Ratsfraktion Münster und die Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP - Gruppe folgenden gemeinsamen Antrag zur sofortigen Beschlussfassung und begründete diesen:

„Fraktion GRÜNE,
SPD-Fraktion,
Fraktion Volt,
Die Linke Ratsfraktion Münster,
Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP - Gruppe
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0006/2026
vom 03.02.2026

Antrag zur sofortigen Beschlussfassung

**Risiken im Umgang mit Atommüll minimieren -
Keine Uran- und Castor-Transporte durch Münster**

Der Rat möge beschließen:

1. Der Rat lehnt in Fortführung seiner früheren Beschlüsse zur Ablehnung von Atomtransporten durch Münster auch weiterhin Transporte von Uranhexafluorid in die und

von der Urananreicherungsanlage in Gronau über das Münsteraner Stadtgebiet und auch über die Gebiete anderer Kommunen ab.

2. Der Rat beauftragt die Stadtverwaltung, die verantwortliche Urananreicherungsfirma Urenco in Gronau sowie die zuständigen Bundesbehörden erneut aufzufordern, auf weitere derartige Urantransporte durch das Münsteraner Stadtgebiet zu verzichten.
3. Der Rat lehnt die aktuell geplanten Castor-Transporte mit hochradioaktivem Atom Müll vom Forschungszentrum Jülich und vom Forschungsreaktor Garching ins Zwischenlager Ahaus ab. Er lehnt dabei auch eine mögliche Streckenführung über die A1 im Westen von Münster ab.
4. Der Rat beauftragt die Stadtverwaltung, bei der Landesregierung und der Bundesregierung auf eine Einstellung der Urantransporte und einen Verzicht auf die Castor-Transporte hinzuwirken.
5. Der Rat befürwortet die Ziele des Atomausstiegs und spricht sich dafür aus, keinen weiteren Atom Müll herzustellen und die Anlagen in Gronau, Lingen und Garching stillzulegen.“

Herr **Berens** stellte für die FDP-Ratsgruppe folgenden Änderungsantrag:

„Der Rat möge beschließen:

NEU 6. Der Rat der Stadt Münster distanziert sich ausdrücklich von jeglicher Gewalt oder Störung im Zusammenhang mit Castor-Transporten sowie gegenüber den mit deren Durchführung betrauten Personen. Der Rat der Stadt Münster ruft mögliche Demonstranten aus dem Kreis der Atomkraftgegner dazu auf, ihren Protest friedlich, rechtsstaatlich und mit ausreichendem Sicherheitsabstand zu den potenziellen Transporten zu gestalten.

Unabhängig davon, ob die in den Beschlusspunkten 1 bis 5 formulierten Appelle Wirkung entfalten, erkennt der Rat der Stadt Münster die eindeutige Zuständigkeit des Bundes für Genehmigung, Organisation und übergeordnete Koordination von Castor-Transporten an.

Vor diesem Hintergrund stellt der Rat der Stadt Münster fest, dass Entscheidungen über Streckenführung, Sicherheitskonzepte und Transportdurchführung grundsätzlich auf Bundesebene getroffen werden. Gleichzeitig erwartet der Rat der Stadt Münster im Sinne einer funktionierenden föderalen Zusammenarbeit, dass die Stadt Münster im Rahmen ihrer kommunalen Zuständigkeiten sowie in enger Abstimmung mit Landes- und Bundesbehörden zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beiträgt.“

Nach kurzer Diskussion stellte Herr **Fuchs** den Antrag der FDP-Ratsgruppe zur Abstimmung. Der Antrag der FDP-Ratsgruppe wurde mit Mehrheit (OB, GRÜNE, SPD, Die Linke, Volt, Die PARTEI/ÖDP) bei Fürstimmen (CDU, FDP, AfD, Herr Scholte) abgelehnt.

Herr **Fuchs** stellte den gemeinsamen Antrag zur sofortigen Beschlussfassung der Fraktion GRÜNE, der SPD-Fraktion, der Fraktion Volt, der Die Linke Ratsfraktion Münster und der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP - Gruppe zur Abstimmung.

Der Rat beschloss mit Mehrheit (OB, GRÜNE, SPD, Die Linke, Volt, Die PARTEI/ÖDP) bei Gegenstimmen (CDU, FDP, AfD, Herr Scholte):

**„Risiken im Umgang mit Atommüll minimieren -
Keine Uran- und Castor-Transporte durch Münster**

1. Der Rat lehnt in Fortführung seiner früheren Beschlüsse zur Ablehnung von Atomtransporten durch Münster auch weiterhin Transporte von Uranhexafluorid in die und von der Urananreicherungsanlage in Gronau über das Münsteraner Stadtgebiet und auch über die Gebiete anderer Kommunen ab.
2. Der Rat beauftragt die Stadtverwaltung, die verantwortliche Urananreicherungsfirma Urenco in Gronau sowie die zuständigen Bundesbehörden erneut aufzufordern, auf weitere derartige Urantransporte durch das Münsteraner Stadtgebiet zu verzichten.
3. Der Rat lehnt die aktuell geplanten Castor-Transporte mit hochradioaktivem Atommüll vom Forschungszentrum Jülich und vom Forschungsreaktor Garching ins Zwischenlager Ahaus ab. Er lehnt dabei auch eine mögliche Streckenführung über die A1 im Westen von Münster ab.
4. Der Rat beauftragt die Stadtverwaltung, bei der Landesregierung und der Bundesregierung auf eine Einstellung der Urantransporte und einen Verzicht auf die Castor-Transporte hinzuwirken.
5. Der Rat befürwortet die Ziele des Atomausstiegs und spricht sich dafür aus, keinen weiteren Atommüll herzustellen und die Anlagen in Gronau, Lingen und Garching stillzulegen.“

**Punkt 11 der Tagesordnung
V/0100/2026**

Allgemeine/r Vertreter/in des Oberbürgermeisters

Herr **Fuchs** führte aus:

„Als Oberbürgermeister bin ich angetreten und gewählt worden, Verantwortung für Münster zu übernehmen und die Stadt und ihre Verwaltung zukunftsfest aufzustellen. Eine der größten Herausforderungen ist dabei, wie Sie alle wissen, die Finanzierung der Kommunen, eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche der Stadtverwaltung betrifft. Wie bei der Einbringung des Haushalts in der letzten Sitzung benannt: die finanzielle Situation der Kommunen war noch nie so katastrophal wie heute nach dem Krieg und das gilt auch und ausdrücklich für Münster. Wir stehen vor Herausforderungen und Problemen, die uns dazu zwingen, ausgetretene Pfade zu verlassen, Althergebrachtes zu prüfen und liebgewonnene Gewissheiten gründlich zu hinterfragen.

Im Sinne einer effizienten Stadtverwaltung ist es daher folgerichtig, in der Verwaltungsspitze klar zu verankern was in diesen herausfordernden Zeiten entscheidend ist.

Das sind eindeutige Prioritäten, das ist finanzielle Handlungsfähigkeit und das ist eine strategische Steuerung, die die Folgekosten und Wirkungen mitdenkt.

Frau Stadtkämmerin Christine Zeller wird als Stadtdirektorin und damit als allgemeine Vertreterin des Oberbürgermeisters diese Querschnittsverantwortung - auch in meiner Abwesenheit - wahrnehmen. Der Zuschnitt der Dezernate bleibt von dieser Entscheidung ausdrücklich unberührt. Es geht also nicht um eine Umstrukturierung der Verwaltung, sondern um eine aus meiner Sicht notwendige Schwerpunktsetzung in der Verwaltungsführung als Antwort auf die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen an unsere Stadtverwaltung.“

Frau **Blome** (GRÜNE), Herr **Weber** (CDU), Herr **Berens** (FDP) und Frau **Kirsch** (SPD) dankten in ihren Wortbeiträgen Herrn Stadtdirektor Paal für seine geleistete Arbeit.

Der Rat beschloss mit Mehrheit (OB, GRÜNE, SPD, Die Linke, Volt, Die PARTEI/ÖDP) bei Gegenstimmen (CDU, AfD, Herr Scholte) und Stimmenthaltungen (FDP):

„I. Sachentscheidung:

1. Herr Beigeordneter Thomas Paal wird mit Wirkung zum 28. Februar 2026 als Stadtdirektor abberufen; er trägt zukünftig die Dienstbezeichnung Stadtrat. Die Eingruppierung bleibt unverändert, die Aufwandsentschädigung wird nach Maßgabe des § 5 Abs. 1 Eingruppierungsverordnung NRW angepasst.
2. Frau Stadtkämmerin Christine Zeller wird mit Wirkung zum 1. März 2026 zur allgemeinen Vertreterin des Oberbürgermeisters mit der Dienstbezeichnung ‚Stadtdirektorin‘ bestellt. Die Eingruppierung erfolgt gem. § 2 Eingruppierungsverordnung NRW nach Besoldungsgruppe B 6. Die Aufwandsentschädigung wird nach Maßgabe des § 5 Abs. 1 Eingruppierungsverordnung NRW angepasst.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die entstehenden Personalkosten sind im Haushalt veranschlagt.“

**Punkt 12 der Tagesordnung
V/0662/2025**

Kommunales Klimacontrolling 2025

Der Rat nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 13 der Tagesordnung
V/0083/2026**

Zukunft des Services @muenster.de-Mail-Adressen

Der Rat beschloss einstimmig:

„I. Sachentscheidung:

1. Das städtische Angebot, der Bürgerschaft auf ‚@muenster.de‘ endende E-Mail-Adressen kostenlos bereitzustellen, endet am 31. Juli 2026.
2. Bürgerinnen und Bürger, die ihre auf ‚@muenster.de‘ endende E-Mail-Adresse weiterhin nutzen möchten, können ihr Mailkonto für zunächst fünf Jahre zum Anbieter posteo.de (Firma posteo e.K. – Patrik Löhr, Berlin) migrieren und dort für 1 € brutto pro Monat (für 2 GB Speicherplatz) weiterführen. Posteo.de unterstützt die Nutzenden auch beim Umzug der Daten.
3. Nach Ablauf der fünf Jahre prüft die Stadt, ob die Konzession an posteo.de verlängert wird.
4. Der aktuelle Vertrag mit dem bisherigen Anbieter endet im Mai 2026. Um den Nutzenden eine Übergangszeit bis einschließlich Juli für die jeweiligen Umstellungen zu ermöglichen, wird der Vertrag letztmalig um zwei Monate bis 31. Juli 2026 verlängert.
5. Nutzerinnen und Nutzer, die von der für sie kostenpflichtigen Möglichkeit der unter 2. genannten Anschlussnutzung ihrer ‚@muenster.de‘-Mail-Adresse keinen Gebrauch machen möchten, bekommen auf der städtischen Webseite Hinweise, wie sie ihre persönlichen Daten bis zum 31. Juli 2026 sichern. Die etwaige Migration dieser Daten zu

einem anderen Anbieter kann von der Stadtverwaltung u. a. aus Haftungsgründen nicht individuell begleitet werden.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemer- kungen
Produktgruppe	0107	Public Relations			
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2026	10.710	

Die Verlängerung des Services um zwei Monate (Beschlusspunkt 4) kostet 10.710 Euro brutto. Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen werden im Rahmen der flexiblen Haushaltsführung im Budget des Amtes für Kommunikation aufgefangen.“

Punkt 14 der Tagesordnung
V/0068/2026/1
V/0068/2026

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Es lag eine Ergänzung zur Vorlage vor.

Herr **Wenzel** stellte für die Fraktion GRÜNE, die SPD-Fraktion, die Fraktion Volt, die CDU-Fraktion, die Die Linke Ratsfraktion Münster, die FDP-Ratsgruppe und die Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP - Gruppe folgenden gemeinsamen Änderungsantrag:

„I. Sachentscheidung:

Die Anzahl der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner in den Gremien (Ausschüsse und Kommission) des Rates wird wie folgt festgesetzt:

- **AWFLD** **4**
- **AGL** **7**
- **ASW** **5**
- **KulturA** **4**
- **ASGAM** **5**
- **SPA** **5**
- **AWSS** **9**
- **AVM** **11**
- **AUKB** **7**
- **AKJF** **2**
- **APSO** **2**
- **AEB** **3**
- **BA MM** **2**
- **KIB** **1**
- **BA citeq** **1**

Es ist jeweils eine persönliche Stellvertretung zu benennen.

Namentliche Liste der Sachkundigen Einwohner*innen pro Ausschuss:**AWFLD:**

- N.N. (KIB)
- N.N. (Seniorenvertretung)
- N.N. (WIN)
- N.N. (ACI)

AGL:

- Jacqueline Wefers / Stv.: Fenna Neuborn (Die PARTEI/ÖDP)
- N.N. (T-I-MS)
- N.N. (Männerforum)
- N.N. (KCM)
- N.N. (Livas)
- N.N. (AK Gewaltschutzgesetz Münster)
- N.N. (ACI)

ASW:

- RH Michael Krapp / Stv.: Mónica Hemesath (Die PARTEI/ÖDP)
- N.N. (KIB)
- N.N. (Stadtelternschaft)
- N.N. (Schulformsprecherrunde)
- N.N. (ACI)

KulturA:

- Heinrich Götting / Stv.: Christof Hoffmann (FDP)
- N.N. (KIB)
- N.N. (moNOkultur)
- N.N. (ACI)

ASGAM:

- N.N. (Beirat Jobcenter)
- N.N. (KIB)
- N.N. (Seniorenvertretung)
- N.N. (QuadA AK)
- N.N. (ACI)

SPA:

- Roland Keßelmann / Stv.: RH Michael Krapp (Die PARTEI/ÖDP)
- N.N. (KIB)
- N.N. (Seniorenvertretung)
- N.N. (SSB)
- N.N. (ACI)

AWSS:

- N.N. (Beirat Klimaschutz)
- N.N. (HWK/Kreishandwerkerschaft)
- N.N. (IHK)
- N.N. (KIB)
- N.N. (Seniorenvertretung)
- N.N. (WLV)
- N.N. (Umweltforum)
- N.N. (WIN)

- N.N. (ACI)

AVM:

- Fabian Bannier / Stv.: Katrin Bohm (FDP)
- N.N. (ADFC)
- N.N. (Beirat Klimaschutz)
- N.N. (HWK/Kreishandwerkerschaft)
- N.N. (IHK)
- N.N. (KIB)
- N.N. (Seniorenvertretung)
- N.N. (Umweltforum)
- N.N. (WIN)
- N.N. (ADAC)
- N.N. (ACI)

AUKB:

- N.N. (Beirat Klimaschutz)
- N.N. (HWK/ Kreishandwerkerschaft)
- N.N. (KIB)
- N.N. (Seniorenvertretung)
- N.N. (WLV)
- N.N. (Umweltforum)
- N.N. (ACI)

AKJF:

- Mattia Freund / Stv.: Ben Schulze-Sölde (FDP)
- Mónica Hemesath / Stv.: RH Michael Krapp (Die PARTEI/ÖDP)

APSO:

- RH Jörg Berens / Stv.: Maximilian Kemler (FDP)
- N.N. (ACI)

AEB:

- N.N. (Demokratie Update MS)
- N.N. (KIB)
- N.N. (ACI)

BA MM:

- Doris Zimmermann / Stv.: RH Michael Krapp (Die PARTEI/ÖDP)
- N.N. (ACI)

KIB:

- N.N. (ACI)

BA citeq:

- Dr. Axel Buß / Stv.: Michael Drüppel (Die PARTEI/ÖDP)“

Herr **Fuchs** stellte den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, der SPD-Fraktion, der Fraktion Volt, der CDU-Fraktion, der Die Linke Ratsfraktion Münster, der FDP-Ratsgruppe und der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP - Gruppe zur Abstimmung.

Der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, der SPD-Fraktion, der Fraktion Volt, der CDU-Fraktion, der Die Linke Ratsfraktion Münster, der FDP-Ratsgruppe und der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP - Gruppe wurde einstimmig angenommen.

Herr **Fuchs** stellte die Vorlage unter Berücksichtigung der Ergänzungsvorlage und des angenommenen gemeinsamen Änderungsantrages der Fraktion GRÜNE, der SPD-Fraktion, der Fraktion Volt, der CDU-Fraktion, der Die Linke Ratsfraktion Münster, der FDP-Ratsgruppe und der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP - Gruppe zur Abstimmung.

Der Rat beschloss unter Berücksichtigung der Ergänzungsvorlage und des angenommenen gemeinsamen Änderungsantrages der Fraktion GRÜNE, der SPD-Fraktion, der Fraktion Volt, der CDU-Fraktion, der Die Linke Ratsfraktion Münster, der FDP-Ratsgruppe und der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP - Gruppe einstimmig:

„I. Sachentscheidung:

Die Anzahl der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner in den Gremien (Ausschüsse und Kommission) des Rates wird wie folgt festgesetzt:

- AWFLD 4
- AGL 7
- ASW 5
- KulturA 4
- ASGAM 5
- SPA 5
- AWSS 9
- AVM 11
- AUKB 7
- AKJF 2
- APSO 2
- AEB 3
- BA MM 2
- KIB 1
- BA citeq 1

Es ist jeweils eine persönliche Stellvertretung zu benennen.

Namentliche Liste der Sachkundigen Einwohner*innen pro Ausschuss:

AWFLD:

- N.N. (KIB)
- N.N. (Seniorenvertretung)
- N.N. (WIN)
- N.N. (ACI)

AGL:

- Jacqueline Wefers / Stv.: Fenna Neuborn (Die PARTEI/ÖDP)
- N.N. (T-I-MS)
- N.N. (Männerforum)
- N.N. (KCM)
- N.N. (Livas)
- N.N. (AK Gewaltschutzgesetz Münster)
- N.N. (ACI)

ASW:

- RH Michael Krapp / Stv.: Mónica Hemesath (Die PARTEI/ÖDP)
- N.N. (KIB)
- N.N. (Stadtelternschaft)
- N.N. (Schulformsprecherrunde)
- N.N. (ACI)

KulturA:

- Heinrich Götting / Stv.: Christof Hoffmann (FDP)
- N.N. (KIB)
- N.N. (moNOkultur)
- N.N. (ACI)

ASGAM:

- N.N. (Beirat Jobcenter)
- N.N. (KIB)
- N.N. (Seniorenvertretung)
- N.N. (QuadA AK)
- N.N. (ACI)

SPA:

- Roland Keßelmann / Stv.: RH Michael Krapp (Die PARTEI/ÖDP)
- N.N. (KIB)
- N.N. (Seniorenvertretung)
- N.N. (SSB)
- N.N. (ACI)

AWSS:

- N.N. (Beirat Klimaschutz)
- N.N. (HWK/Kreishandwerkerschaft)
- N.N. (IHK)
- N.N. (KIB)
- N.N. (Seniorenvertretung)
- N.N. (WLV)
- N.N. (Umweltforum)
- N.N. (WIN)
- N.N. (ACI)

AVM:

- Fabian Bannier / Stv.: Katrin Bohm (FDP)
- N.N. (ADFC)
- N.N. (Beirat Klimaschutz)
- N.N. (HWK/Kreishandwerkerschaft)
- N.N. (IHK)
- N.N. (KIB)
- N.N. (Seniorenvertretung)
- N.N. (Umweltforum)
- N.N. (WIN)
- N.N. (ADAC)
- N.N. (ACI)

AUKB:

- N.N. (Beirat Klimaschutz)
- N.N. (HWK/ Kreishandwerkerschaft)
- N.N. (KIB)
- N.N. (Seniorenvertretung)
- N.N. (WLV)
- N.N. (Umweltforum)
- N.N. (ACI)

AKJF:

- Mattia Freund / Stv.: Ben Schulze-Sölde (FDP)
- Mónica Hemesath / Stv.: RH Michael Krapp (Die PARTEI/ÖDP)

APSO:

- RH Jörg Berens / Stv.: Maximilian Kemler (FDP)
- N.N. (ACI)

AEB:

- N.N. (Demokratie Update MS)
- N.N. (KIB)
- N.N. (ACI)

BA MM:

- Doris Zimmermann / Stv.: RH Michael Krapp (Die PARTEI/ÖDP)
- N.N. (ACI)

KIB:

- N.N. (ACI)

BA citeq:

- Dr. Axel Buß / Stv.: Michael Drüppel (Die PARTEI/ÖDP)

II. Finanzielle Auswirkungen:

keine“

**Punkt 15 der Tagesordnung
V/0060/2026**
**Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und
Auszahlungen im 2. Halbjahr 2025**

Der Rat nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 16 der Tagesordnung
V/0089/2026**
**Wesentliche Beteiligungen im Sinne der
Zuständigkeitsordnung für die Zuständigkeiten des
Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen,
Liegenschaften und Digitalisierung in
Beteiligungsangelegenheiten**

Der Rat beschloss einstimmig:

„I. Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster kategorisiert die folgenden Beteiligungen der Stadt Münster als wesentlich im Sinne von Ziff. 2.2.2 der Zuständigkeitsordnung in der Fassung vom 10.12.2025 und überträgt die Zuständigkeit für ihre Angelegenheiten auf den Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung (AWFLD):
 - a) AirportPark FMO GmbH
 - b) Altenzentrum Klarastift gGmbH
 - c) Klärschlammverwertung Buchenhofen GmbH
2. Der Rat der Stadt Münster überträgt die Zuständigkeit für die Angelegenheiten der folgenden Beteiligungen der Stadt Münster gem. Ziff. 2.2.2 der Zuständigkeitsordnung in der Fassung vom 10.12.2025 auf den Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung (AWFLD), soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt:
 - a) NRW.URBAN
 - b) Westfälisches Pferdemuseum gGmbH
 - c) Institut für vergleichende Städtegeschichte GmbH
 - d) RELiGIO
 - e) Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Münsterland-Emscher-Lippe
 - f) Regionalverkehr Münsterland GmbH.

II. Finanzielle Auswirkungen:

keine“

Punkt 17 der Tagesordnung V/0093/2026	Ergebnis der Teilnahme am teiligen Entschuldungsprogramm nach dem Altschuldenentlastungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen
--	--

Der Rat nahm den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 18 der Tagesordnung V/0025/2026	Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung Anwendung der Regelungen in Münster - Leitlinien
--	--

Folgende abweichende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wohnen, Stadtplanung und Stadtentwicklung lag vor:

„Ausschuss für Wohnen, Stadtplanung und
Stadtentwicklung

05.02.2026

Beschlusstext:

„I. Sachentscheidung:

1. wie Vorlage
2. wie Vorlage

3. wie Vorlage
4. **Die Leitlinien werden um folgenden Punkt ergänzt: Bei allen Vorhaben, für die die Regelungen zur SoBoMü nicht zur Anwendung kommen, wird – sofern baulich realisierbar – mindestens 30% förderfähiger Wohnraum vereinbart.**
5. **Die Verwaltung berichtet auch in den Bezirksvertretungen regelmäßig über die Anwendung der neuen rechtlichen Optionen im jeweiligen Stadtbezirk.“**

Herr **Dr. Korte** erhob die abweichende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wohnen, Stadtplanung und Stadtentwicklung zum Antrag.

Nach ausführlicher Diskussion stellte Herr **Fuchs** die zum Antrag erhobene abweichende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wohnen, Stadtplanung und Stadtentwicklung unter Berücksichtigung der in der Vorlage genannten „Finanziellen Auswirkungen“ zur Abstimmung.

Der Rat beschloss mit Mehrheit (OB, GRÜNE, SPD, Die Linke, Volt, Die PARTEI/ÖDP) bei Gegenstimmen (CDU, FDP, AfD, Herr Scholte):

„I. Sachentscheidung:

1. Die Einführung der neuen rechtlichen Optionen („Bauturbo“) wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Münster nutzt die Neuregelungen des Baugesetzbuches (BauGB) zur Stärkung des leistbaren Wohnens.
3. Die in der Begründung genannten Leitlinien zur Anwendung der neuen gesetzlichen Regelungen werden beschlossen.
4. Die Leitlinien werden um folgenden Punkt ergänzt: Bei allen Vorhaben, für die die Regelungen zur SoBoMü nicht zur Anwendung kommen, wird – sofern baulich realisierbar – mindestens 30% förderfähiger Wohnraum vereinbart.
5. Die Verwaltung berichtet auch in den Bezirksvertretungen regelmäßig über die Anwendung der neuen rechtlichen Optionen im jeweiligen Stadtbezirk.

II. Finanzielle Auswirkungen:

keine“

**Punkt 19 der Tagesordnung
V/0660/2025**

**Hörsterstraße - Zukunft StadtRaum Martiniviertel
- Beschluss verkehrstechnischer Entwurf -**

Folgende abweichende Beschlussempfehlung der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderung lag vor:

„Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen
mit Behinderung

28.01.2026

Beschlusstext:

I. Sachentscheidung:

Dem auf Grundlage des städtebaulichen Gestaltungskonzepts entwickelten verkehrstechnischen Entwurf (Anlage 3, Lageplan Blatt 1(1) vom 14.11.2025) wird zugestimmt.

Die Linienführung der Linie 8 erfolgt auch in Zukunft über den Bült.

II. Finanzielle Auswirkungen:

wie Vorlage“

Nach kurzer Aussprache stellte Herr **Fuchs** die Vorlage zur Abstimmung.

Der Rat beschloss mit Mehrheit (OB, GRÜNE, SPD, Die Linke, Volt, FDP, Die PARTEI/ÖDP) bei Gegenstimmen (CDU, AfD, Herr Scholte):

„I. Sachentscheidung:

Dem auf Grundlage des städtebaulichen Gestaltungskonzepts entwickelten verkehrstechnischen Entwurf (Anlage 3 der Vorlage, Lageplan Blatt 1(1) vom 14.11.2025) wird zugestimmt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadt Münster mit Umsetzung des verkehrstechnischen Entwurfs (Anlage 3 der Vorlage) Planungs- und Baukosten in Höhe von ca. 7.068.000 € entstehen. Demgegenüber stehen Einnahmen aus Fördermitteln in Höhe von ca. 4.112.000 €.

Die v. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1201	Bereitstellung von Verkehrsflächen und -anlagen			
Investitionsmaßnahme	4288	Martiniviertel MikroKiez			
Auszahlungen			2026 2027 2028 2029	760.000 2.200.000 2.700.000 1.408.000	
Einzahlungen			2026 2027 2028	1.500.000 1.500.000 1.112.000	
Summe aller Auszahlungen/Saldo				2.956.000	

Die zur Finanzierung erforderlichen Einzahlungen und Auszahlungen sind im Haushaltsplanentwurf 2026/2027 bei der o. g. Investitionsmaßnahme und den u. g. Produktgruppen im Wesentlichen veranschlagt. Für die nicht in voller Höhe veranschlagten investiven Einzahlungen in 2028 wird die Verwaltung ein Veränderungsblatt zum Haushaltsplanentwurf 2026/2027 vorlegen. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Beschlussausführung unter dem Vorbehalt steht, dass der Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2026/2027 bzw. der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die Ermächtigungen bereitstellt.

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1201	Bereitstellung von Verkehrsflächen und -anlagen			
Zeile	02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2029 ff.	102.800	Folgeertrag
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2029 ff.	70.680	Folgeaufwand
Zeile	14	Bilanzielle Abschreibungen	2029 ff.	176.700	Folgeaufwand
Produktgruppe	1301	Grün- und Freiflächen			
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2029 ff.	50.650	Folgeaufwand
Produktgruppe	1601	Allgemeine Finanzwirtschaft			
Zeile	20	Zinsen und sonst. Finanzaufwendungen	2029 ff.	44.340	Folgeaufwand

Die Folgelastenberechnungen vom Amt für Mobilität und Tiefbau (Amt 66, Anlage 1 der Vorlage) und vom Amt für Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit (Amt 67, Anlage 2 der Vorlage) werden zur Kenntnis genommen.

In der Folgeaufwandsberechnung vom Amt für Grünflächen, Umwelt und Nachhaltigkeit (Amt 67, Anlage 2 der Vorlage) wurden die zusätzlichen Aufwände zur langfristigen Instandhaltung und Pflege der neuen Vegetationsflächen, der Stadtmöblierung und des Fontänenfeldes ermittelt.“

**Punkt 20 der Tagesordnung
V/0039/2026**

**Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung
D/0015/2025 zur Änderung der "Allgemeinen
Vorschrift zur Festlegung des Deutschlandtickets
als Höchsttarif" ab 01.01.2026**

Der Rat beschloss einstimmig:

„I. Sachentscheidung:

Die beigelegte Dringlichkeitsentscheidung (Anlage der Vorlage) zur Änderung der o. g. Vorschrift zum Deutschlandticket wird gemäß § 60 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen genehmigt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Die finanziellen Auswirkungen sind mit der Vorlage V/0626/2025 (Beschluss des Rates am 10.12.2025) dargestellt und beschlossen worden.“

Punkt 21 der Tagesordnung V/0056/2026

Wirtschaftsplan 2026 von Münster Marketing

Der Rat beschloss mit Mehrheit (OB, GRÜNE, SPD, Volt, FDP, Die PARTEI/ÖDP) bei Gegenstimmen (CDU, AfD) und Stimmenthaltungen (Die Linke, Herr Scholte):

„I. Sachentscheidung:

- 1) Der anliegende Wirtschaftsplan 2026 für Münster Marketing (Anlage der Vorlage) wird beschlossen.
 - a) Der Erfolgsplan 2026 weist Erträge in Höhe von 4.850.378 Euro und Aufwendungen in Höhe von 5.049.077 Euro auf. Der Jahresfehlbetrag wird über die Auflösung von Rücklagen von Münster Marketing ausgeglichen.
 - b) Der Vermögensplan 2026 hat ein Gesamtvolumen von 230.733 Euro an Auszahlungen und 38.954 Euro an Deckungsmitteln. Der negative Cash-Flow wird durch die Liquiditätsreserven von Münster Marketing finanziert.
 - c) Die Stellenübersicht 2026 weist wie im Vorjahr 34,61 Stellen für tariflich Beschäftigte und nachrichtlich 1,00 Beamtenstelle aus.
- 2) Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass der Eigenbetrieb ohne finanziellen Ausgleich einmalig die Finanzierung der Stelle ‚Nachtbürgermeister‘ für das Jahr 2026 übernimmt.“

Punkt 22 der Tagesordnung

Anträge von Ratsmitgliedern nach § 3 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates

Punkt 22.1 der Tagesordnung A-R/0052/2025

Einführung eines digitalen Zeitfenster-Buchungssystems für die Recyclinghöfe der AWM - Mehr Service, längere Öffnungszeiten, weniger Wartezeiten -

Folgender Antrag der CDU-Fraktion wurde an den Betriebsausschuss der Abfallwirtschaftsbetriebe Münster verwiesen:

„CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0052/2025
vom 08.12.2025

Antrag

**Einführung eines digitalen Zeitfenster-Buchungssystems für die Recyclinghöfe der AWM
- Mehr Service, längere Öffnungszeiten, weniger Wartezeiten -**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Münster beauftragt die Abfallwirtschaftsbetriebe Münster (AWM), ein digitales Zeitfenster-Buchungssystem für alle städtischen Recyclinghöfe einzuführen, um den Bürgerinnen und Bürgern deutlich ausgeweitete Servicezeiten, planbare Besuche ohne Wartezeiten und einen insgesamt komfortableren Zugang zu ermöglichen. Dabei soll auf bereits bewährte Lösungen zurückgegriffen werden, wie sie u. a. in Hannover (aha), Freiburg (ASF), Kiel, Augsburg, Selm und weiteren Kommunen erfolgreich eingesetzt werden.

Hierzu sollen die AWM:

1. Ein digitales Buchungssystem für Besuchszeitfenster einführen, das sowohl online, per App als auch telefonisch nutzbar ist – damit jederzeit flexibel ein Termin gebucht werden kann.
2. Die Servicezeiten deutlich ausweiten, indem die Anlagen über längere Zeiträume automatisiert geöffnet werden können, ohne dass dauerhaft Personal vor Ort sein muss.
3. Bewährte Softwaremodelle anderer Städte prüfen und – soweit wirtschaftlich – übernehmen, um eine schnelle Einführung zu ermöglichen.
4. Videoüberwachung zur Sicherstellung des Betriebs, der Sicherheit und der Dokumentation installieren.
5. Personal künftig nur bei Bedarf / zu Spitzenzeiten vorhalten; der Regelbetrieb soll weitgehend digital und automatisiert erfolgen.
6. Bis zum Sommer 2026 einen Umsetzungsplan inklusive Wirtschaftlichkeitsvergleich vorlegen.“

**Punkt 22.2 der Tagesordnung
A-R/0001/2026**

**Silvester in Münster verantwortungsvoll gestalten -
Sicherheit stärken, Belastungen reduzieren,
Traditionen respektieren**

Folgender Antrag der CDU-Fraktion wurde an den Ausschuss für Personal, Sicherheit und Ordnung verwiesen:

„CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0001/2026
vom 26.01.2026

Antrag

Silvester in Münster verantwortungsvoll gestalten – Sicherheit stärken, Belastungen reduzieren, Traditionen respektieren

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

1. Der Rat der Stadt Münster bekräftigt das Ziel, den Jahreswechsel sicher und verantwortungsvoll zu gestalten. Der Schutz von Menschen, Tieren und Umwelt sowie die Entlastung von Einsatzkräften der Sicherheits- und Rettungsdienste sowie der AWM stehen dabei im Mittelpunkt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die bestehenden Feuerwerksverbotszonen und ordnungsrechtlichen Maßnahmen zum Jahreswechsel 2025/26 auszuwerten. Dabei sollen insbesondere Wirksamkeit, Akzeptanz, Einsatzaufkommen sowie die Einhaltung geltenden Rechts betrachtet werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wo punktuelle Erweiterungen von Feuerwerksverbotszonen sachlich und rechtlich geboten sind. Maßgeblich sollen dabei insbesondere sein:
 - konkrete Gefahrenlagen,
 - hohe Personendichten,
 - bauliche oder denkmalpflegerische Besonderheiten,
 - Erfahrungen von Polizei, Feuerwehr und Ordnungsdienst.

Über das Ergebnis der Prüfung ist dem Ausschuss für Personal, Sicherheit und Ordnung bis Mai 2026 zu berichten.

4. Die Verwaltung wird aufgefordert, gemeinsam mit Polizei und Zoll bestehende Maßnahmen gegen den Handel und Einsatz illegalen Feuerwerks zu bündeln und – im Rahmen der Zuständigkeiten – zu intensivieren.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die Durchführung eines zentralen städtischen Feuerwerks oder alternativer gemeinschaftlicher Formate zu prüfen. Für ein zentrales Silvesterfeuerwerk um Mitternacht mit einer Dauer von rund 15 Minuten ist von Kosten in Höhe von etwa 15.000 Euro auszugehen. Dieser Betrag stellt eine realistische und konservative Orientierungsgröße dar. Der Rat bittet die Verwaltung zu prüfen, auf welchen Wegen eine Finanzierung außerhalb oder ergänzend zum städtischen Kernhaushalt möglich ist. Dabei sollen insbesondere folgende Optionen betrachtet werden:
 - die Einbindung privater Sponsoren sowie Akteure des Stadtmarketings,
 - eine Beteiligung von Gastronomie, Hotellerie oder Innenstadtakteuren,
 - Kooperationen mit städtischen Gesellschaften,
 - die Nutzung oder Umschichtung bestehender Veranstaltungs- oder Kulturmittel,
 - sowie mögliche Kompensationseffekte durch Einsparungen bei Reinigung, Sicherheit oder Einsatzkräften.

Ziel ist es, die Durchführung eines zentralen Feuerwerks haushaltsverträglich, transparent und ohne zusätzliche Belastung der Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen.

Die Ergebnisse sind dem Ausschuss für Personal, Sicherheit und Ordnung bis Juli 2026 vorzulegen.

6. Die Stadt entwickelt eine Informations- und Aufklärungskampagne zum verantwortungsvollen Umgang mit Feuerwerk. Ziel ist es, freiwillige Rücksichtnahme zu fördern, bestehende Regeln bekannt zu machen und für sensible Bereiche zu sensibilisieren. Dabei sollen insbesondere Polizei, Feuerwehr, Abfallwirtschaftsbetriebe, Tierschutz- und Umweltverbände eingebunden werden.
7. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich über den Deutschen Städtetag und den Städtetag NRW für eine praxistaugliche Weiterentwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen einzusetzen, insbesondere mit Blick auf den Umgang mit illegalem Feuerwerk und den Schutz von Einsatzkräften.“

**Punkt 22.3 der Tagesordnung
A-R/0002/2026**

Spielplatzsanierung beschleunigen - Prioritäten klären - Umsetzungstau beenden

Folgender Antrag der CDU-Fraktion wurde an den Ausschuss für Umweltschutz, Klimaschutz und Bauwesen verwiesen:

„CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0002/2026
vom 26.01.2026

Antrag

Spielplatzsanierung beschleunigen - Prioritäten klären - Umsetzungstau beenden

Der Rat der Stadt Münster stellt fest:

1. Die Sanierung öffentlicher Spielplätze erfolgt in weiten Teilen der Stadt erst ein bis zwei Jahre nach Beschluss, obwohl Haushaltsmittel rechtzeitig bereitgestellt wurden.
2. Die bestehenden personellen und strukturellen Kapazitäten der Verwaltung reichen offenkundig nicht aus, um Rats- und BV-Beschlüsse verlässlich umzusetzen.
3. Die vom Rat beschlossene Zielsetzung einer flächendeckenden inklusiven Gestaltung öffentlicher Spielplätze ist unter den aktuellen finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen nicht realistisch umsetzbar.

Der Rat beschließt daher:

1. Die Verwaltung wird verpflichtet, Spielplatzsanierungen spätestens im auf den Beschluss folgenden Haushaltsjahr umzusetzen. Abweichungen sind dem Rat und der zuständigen Bezirksvertretung schriftlich zu begründen.
2. Zur Beschleunigung der Umsetzung schließt die Verwaltung Rahmenverträge mit externen Fachfirmen ab und nutzt standardisierte Sanierungs- und Ausstattungsmodule.
3. Die inklusive Spielplatzentwicklung wird neu priorisiert:
 - Ziel ist mindestens ein inklusiver Spielplatz pro Stadtbezirk.
 - Für alle weiteren Spielplätze werden realistische Mindeststandards der Nutzbarkeit festgelegt.
4. Die Verwaltung legt dem Rat jährlich einen kurzen Umsetzungsbericht vor, aus dem Beschlusslage, Umsetzungsstand, Zeitverzug und Kostenentwicklung hervorgehen.“

Punkt 22.4 der Tagesordnung A-R/0003/2026	Keine Bundestagswahlkreiszuschnitts Münster	Veränderung für die Stadt	des
--	--	--------------------------------------	------------

Folgender Antrag der CDU-Fraktion wurde an den Hauptausschuss verwiesen:

„CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0003/2026
vom 19.01.2026

Antrag

Keine Veränderung des Bundestagswahlkreiszuschnitts für die Stadt Münster

Der Rat der Stadt Münster beschließt:

1. Der Rat der Stadt Münster spricht sich gegen eine Veränderung des bisherigen Zuschnitts des Bundestagswahlkreises Münster aus.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diese Position gegenüber der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, dem Ministerium des Innern sowie – soweit möglich – gegenüber der Wahlkreiskommission des Deutschen Bundestages zum Ausdruck zu bringen.
3. Die Stellungnahme des Rates ist den münsterischen Bundestagsabgeordneten sowie den im Landtag vertretenen Fraktionen zur Kenntnis zu geben.“

Punkt 22.5 der Tagesordnung A-R/0004/2026	Verbessertes zentrales Baustellenmanagement in Münster - Koordination stärken, Belastungen reduzieren
--	--

Folgender Antrag der CDU-Fraktion wurde an den Ausschuss für Verkehr und Mobilität verwiesen:

„CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0004/2026
vom 19.01.2026

Antrag

Verbessertes zentrales Baustellenmanagement in Münster – Koordination stärken, Belastungen reduzieren

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

1. Einrichtung eines verbindlichen, zentral gesteuerten Baustellenmanagements

Die Verwaltung wird beauftragt, ein verbindliches, organisatorisch klar verortetes zentrales Baustellenmanagement einzurichten, das alle innerstädtischen und äußeren Bau- und Infrastrukturmaßnahmen übergreifend koordiniert. Dieses übernimmt insbesondere folgende Aufgaben:

- frühzeitige und verbindliche Abstimmung aller städtischen Ämter, der Stadtnetze Münster GmbH sowie weiterer kommunaler Akteure,

- verpflichtende Einbindung externer Vorhabenträger (z. B. Telekommunikationsunternehmen, Straßen.NRW, Deutsche Bahn, Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung sowie weiterer Infrastrukturträger),
- zentrale Prüfung, ob bestehende Infrastrukturen (z. B. Glasfaser-, Leitungs- oder Versorgungsnetze) mitgenutzt werden können, um Doppel- und Parallelbaustellen zu vermeiden,
- Erstellung eines jährlich fortzuschreibenden Gesamtbaustellenplans für Münster mit klaren Verantwortlichkeiten, Entscheidungspfaden und zeitlicher Priorisierung.

2. Vermeidung kumulativer Belastungen – verbindliche Koordinierungsregeln

Die Verwaltung entwickelt bis Mitte 2026 verbindliche Regeln zur Vermeidung mehrfacher oder sich überlagernder Baustellen in denselben Straßenabschnitten oder Quartieren. Hierzu zählen insbesondere:

- zeitliche Bündelung technischer Maßnahmen (z. B. Tiefbau, Leitungs- und Glasfaserausbau), soweit fachlich möglich,
- Einführung klarer, überprüfbarer Kriterien für maximale Baufeldlängen, Bauzeiten und parallele Eingriffe,
- verpflichtende Prüfung, ob ein erneuter Aufbruch derselben Straße oder Nebenanlage sachlich zwingend erforderlich ist,
- systematische Auswirkungsanalysen auf Verkehrsflüsse, Rettungsdienste, ÖPNV, Gewerbe, Anwohnende sowie auf ökologische Effekte (z. B. CO₂-Emissionen durch zusätzliche Bauarbeiten).

3. Gleichwertige Berücksichtigung aller Stadtteile – Belastungsschwerpunkte erkennen

Der Rat stellt fest, dass sich Baustellenbelastungen in den vergangenen Jahren vielfach kumuliert haben und für Anwohnerinnen und Anwohner, Gewerbe und Verkehrsteilnehmende zu erheblichen Einschränkungen geführt haben.

Die Verwaltung wird beauftragt,

- Belastungsschwerpunkte frühzeitig stadtweit zu identifizieren,
- Maßnahmen künftig nur noch in eng abgestimmten Zeitfenstern zu genehmigen,
- ein Monitoring der Baustellenbelastung nach Stadtbezirken und Quartieren einzuführen.

Das Monitoring ist jährlich dem Ausschuss für Verkehr und Mobilität vorzulegen.

4. Koordination statt Parallelstrukturen – Umgang mit überbauenden Maßnahmen

Die Verwaltung wird beauftragt, verbindliche Leitlinien für den Umgang mit parallelen Infrastrukturmaßnahmen, insbesondere im Bereich Telekommunikation und Glasfaser, zu entwickeln. Ziel ist es,

- unnötige Mehrfachaufbrüche von Straßen und Gehwegen zu vermeiden,

- bei bestehenden leistungsfähigen Netzen eine koordinierte Nutzung (z. B. Open-Access-Modelle) ausdrücklich zu priorisieren,
- durch strenge Wiederherstellungs-, Dokumentations- und Folgekostenregelungen sicherzustellen, dass zusätzliche Belastungen für städtisches Eigentum, Umwelt und Bürgerschaft minimiert werden.

5. Lessons Learned – Bericht zur Baustellenkoordination

Die Verwaltung erstellt bis spätestens Oktober 2026 einen Bericht ‚Baustellenkoordination Münster – Lehren aus der Vergangenheit, Maßnahmen für die Zukunft‘, der insbesondere umfasst:

- Analyse typischer Problemkonstellationen (z. B. doppelte Tiefbauarbeiten, zeitlich entkoppelte Maßnahmen, paralleler Infrastrukturausbau),
- Darstellung struktureller Defizite im bisherigen Koordinierungs- und Genehmigungsverfahren,
- Entwicklung verbindlicher Standards, Prozesse und Zuständigkeiten für ein professionelles, nachhaltiges Baustellenmanagement.

Der Bericht ist anschließend jährlich fortzuschreiben.

6. Transparenz für Bürgerinnen und Bürger – digitales Baustellen-Dashboard

Das zentrale Baustellenmanagement entwickelt ein öffentlich zugängliches, digitales Baustellen-Dashboard mit:

- Übersicht aller geplanten und laufenden Maßnahmen nach Stadtbezirken,
- Angaben zu Dauer, Art und Umfang der Maßnahmen,
- Benennung der jeweils verantwortlichen Akteure,
- Hinweisen zu Verkehrsführungen, Umleitungen und alternativen Routen.“

Punkt 22.6 der Tagesordnung A-R/0005/2026	Mehr Zeit für Menschen: KI-Strategie als Rückenwind für den Bürgerservice
--	--

Folgender Antrag der CDU-Fraktion wurde an den Hauptausschuss verwiesen:

„CDU-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0005/2026
vom 26.01.2026

Antrag

Mehr Zeit für Menschen: KI-Strategie als Rückenwind für den Bürgerservice

Der Rat der Stadt Münster beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für den verantwortungsvollen Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) im Bürgerservice der Stadt Münster zu erarbeiten und dem Rat zur Beratung bis zur Sommerpause 2026 vorzulegen. Das KI-Konzept wird ausdrücklich in die bestehende Digitalisierungs- und IT-Strategie der Stadt eingebettet, damit bestehende Projekte sinnvoll weiterentwickelt werden.
2. Ziel des Konzeptes ist es, die Erreichbarkeit, Servicequalität und Teilhabe für Bürgerinnen und Bürger zu verbessern und gleichzeitig die Mitarbeitenden der Verwaltung von Routinetätigkeiten zu entlasten. Messbare Zielgrößen zur späteren sachlichen Bewertung des tatsächlich angestrebten Mehrwerts – etwa zur Erreichbarkeit, zu Bearbeitungszeiten oder zur Entlastung der Mitarbeitenden – werden im Konzept verankert.
3. Dabei sind insbesondere folgende Einsatzfelder zu prüfen:
 - KI-gestützte Chatbots zur Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit von Auskünften, auch mehrsprachig sowie in Leichter und einfacher Sprache,
 - Unterstützung bei Standardanträgen und Terminvergaben im Bürgerservice,
 - Einsatz barrierefreier KI-Lösungen (z. B. Übersetzungen, perspektivisch auch Gebärdensprach-Avatare),
 - KI-gestützte Unterstützung interner Prozesse im Backoffice des Bürgerservice;
 - Ausweitung der KI auf kundenintensive Bereiche (z.B. Sozialleistungen wie Wohngeldanträge, Grundsicherung, Wohnberechtigungsscheine, oder Elterngeld)
4. Die Verwaltung stellt sicher, dass der KI-Einsatz stets unterstützend erfolgt und die letzte Entscheidungsverantwortung bei den Mitarbeitenden verbleibt.
5. Datenschutz, Transparenz, IT-Sicherheit sowie die Vorgaben des europäischen AI-Acts sind strikt einzuhalten. Automatisierte Entscheidungen dürfen nur dort erfolgen, wo sie rechtlich zulässig sind.
6. Bei der Auswahl von KI-Lösungen sind offene Standards, datenschutzkonforme Infrastrukturen sowie möglichst kommunale oder öffentlich kontrollierte Lösungen zu bevorzugen.
7. Die Verwaltung prüft Qualifizierungs- und Schulungsangebote für Mitarbeitende sowie mögliche Förderprogramme und Kooperationen mit anderen Kommunen.
8. Ergänzend wird eine öffentliche Fachveranstaltung angeregt, bei der Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft Impulse für eine städtische KI-Strategie geben, mit dem Ziel, fachliche Qualität, Transparenz und Akzeptanz gleichermaßen zu stärken.“

Punkt 22.7 der Tagesordnung A-R/0007/2026	Sportförderrichtlinie Sporthaushalt neuordnen	überarbeiten und
--	--	-----------------------------

Folgender gemeinsamer Antrag der Fraktion GRÜNE, der SPD-Fraktion und der Ratsgruppe Volt wurde an den Sportausschuss verwiesen:

„Fraktion GRÜNE,
SPD-Fraktion,
Ratsgruppe Volt
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0007/2026
vom 03.02.2026

Antrag

Sportförderrichtlinie überarbeiten und Sporthaushalt neuordnen

Der Rat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Sportförderrichtlinien in dem Punkt E ‚Zuschüsse für vereinseigene Sportstätten‘ zu bearbeiten.

Die Höhe der Förderung soll sich zum einen an dem tatsächlichen Raumbedarf und zum anderen an der Leistungsfähigkeit der antragstellenden Vereine orientieren. Ein Automatismus, dass 50% der von den Vereinen geplanten Bausumme gefördert werden, besteht nicht.
2. Für den Haushalt 2028 erarbeitet die Verwaltung einen Vorschlag, der den sog. 3,5 Mio Topf auflöst. Der zukünftige Haushalt des Sportausschusses soll sich an den üblichen Verfahren der anderen Fachausschüsse orientieren.“

Punkt 22.8 der Tagesordnung A-R/0008/2026	Handlungsempfehlungen und Leitlinien zur Beleuchtung
--	---

Folgender gemeinsamer Antrag der Fraktion GRÜNE, der SPD-Fraktion und der Ratsgruppe Volt wurde an den Ausschuss für Verkehr und Mobilität verwiesen:

„Fraktion GRÜNE,
SPD-Fraktion,
Ratsgruppe Volt
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0008/2026
vom 03.02.2026

Antrag

Handlungsempfehlungen und Leitlinien zur Beleuchtung

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die stadtweite Beleuchtung anzupassen und entsprechende Leitlinien zu entwickeln. Ziel ist der Abbau von Angsträumen und die Gewährleistung der Verkehrssicherheit für den Rad- und Fußverkehr unter Berücksichtigung der Belange des Natur- und Artenschutzes, besonders an Ein- und Ausfallstraßen.

2. Hierfür soll erhoben werden, wo unzureichend beleuchtete Orte in der Stadt sind. Zudem soll überprüft werden, wo Beleuchtung auf adaptive Beleuchtung umgestellt werden kann. Neue Baugebiete sollen eine dimmbare Beleuchtung erhalten, die entsprechend den Nachtzeiten herunter gedimmt oder auf adaptive Beleuchtung umgestellt werden kann. Die Möglichkeit dies mit Fördergeldern umzusetzen, soll in die Prüfung mit einfließen.
3. Bei der Erhebung der Daten soll neben dem Verwaltungsfachwissen auch eine interaktive, niedrigschwellige Erhebung von Daten durch die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht werden. Die Befragung kann mit Hilfe der SmartCity-Methoden (wie zum Beispiel Survey123) durchgeführt werden.“

**Punkt 22.9 der Tagesordnung
A-R/0009/2026**

**Einführung der Grundsteuer C zur Begrenzung von
Bodenspekulation prüfen**

Folgender gemeinsamer Antrag der Fraktion GRÜNE, der SPD-Fraktion und der Ratsgruppe Volt wurde an den Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung verwiesen:

„Fraktion GRÜNE,
SPD-Fraktion,
Ratsgruppe Volt
im Rat der Stadt Münster

Antrag Nr. A-R/0009/2026
vom 03.02.2026

Antrag

Einführung der Grundsteuer C zur Begrenzung von Bodenspekulationen prüfen

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung einer Grundsteuer C (erhöhter Hebesatz für unbebaute, aber baureife Grundstücke gem. § 25 Abs. 5 S. 1 GrStG) zu prüfen und dem Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung spätestens bis zur letzten Sitzung des Jahres 2026 die Ergebnisse der Prüfung vorzulegen, sowie ggfs. einen Vorschlag für einen erhöhten Hebesatz für die Jahre 2027 ff. zu unterbreiten.“

**Punkt 23 der Tagesordnung
V/0090/2026/1
V/0090/2026**

**Umbesetzungen in Ausschüssen des Rates und
sonstigen Gremien**

Es lag eine Ergänzung zur Vorlage vor.

Herr **Fuchs** wies auf folgende weitere Umbesetzung der CDU-Fraktion hin (neu Ziffer 1, 1.29):

„Aufsichtsrat Stadtwerke Münster GmbH

von der CDU-Fraktion

Mitglied

~~RH Walter von Gökels~~
Dr. Hans Moormann“

Frau **Lichtenstein van Lengerich** bat über die Umbesetzung der CDU-Fraktion - Aufsichtsrat Stadtwerke Münster GmbH - getrennt abzustimmen.

Herr **Fuchs** führte aus, dass er die Vorlage unter Berücksichtigung der Ergänzungsvorlage (Ziffer 1 [Punkte 1.1 bis 1.28] und Ziffer 2 [Punkte 2.1 bis 2.3]) und anschließend die weitere Umbesetzung der CDU-Fraktion - Aufsichtsrat Stadtwerke Münster GmbH - benannt als Ziffer 1, Punkt 1.29 - separat zur Abstimmung stellen wird.

Herr **Fuchs** stellte die Vorlage unter Berücksichtigung der Ergänzungsvorlage zur Abstimmung. Die Vorlage unter Berücksichtigung der Ergänzungsvorlage wurde einstimmig beschlossen.

Herr **Fuchs** stellte die weitere Umbesetzung der CDU-Fraktion - Aufsichtsrat Stadtwerke Münster GmbH - benannt als Ziffer 1, Punkt 1.29 - zur Abstimmung.

Die zusätzliche Besetzung der CDU-Fraktion - Aufsichtsrat Stadtwerke Münster GmbH - benannt als Ziffer 1, Punkt 1.29 – wurde mehrheitlich (OB, GRÜNE, CDU, SPD, Die Linke, Volt, FDP, Die PARTEI/ÖDP, AfD, Herr Scholte) bei einer Gegenstimme (CDU) beschlossen.

Somit beschloss der Rat:

„I. Sachentscheidung:

1. Folgende Umbesetzungen werden beschlossen:

1.1. Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien

Vertretung von den Trägern der freien Jugendhilfe

Mitglied		Stellvertretungen	
		15.	~~Lisa Leifheit~~ Corinna Blume-Ulmer

1.2 Aufsichtsrat Westf. Landes-Eisenbahn GmbH (WLE)

von der Fraktion GRÜNE

Mitglied	
1.	~~RF Christine Schulz~~ RH Carsten Peters

1.3 Zweckverbandsversammlung Sparkasse Münsterland Ost

von der Verwaltung

Mitglied		Stellvertretung	
		1.	~~NN~~ Stadtkämmerin Christine Zeller

1.4 Beirat nach dem Landesnaturschutzgesetz

a) auf Vorschlag des BUND e.V.

Mitglied		Stellvertretungen	
		4.	~~NN~~ Robert Mueller

b) auf Vorschlag des NABU e.V.

Mitglied		Stellvertretungen	
		6.	~~NN~~ Stephan Grote

1.5 Beirat für Klimaschutz

Mitglied		Stellvertretung	
			~~Dr. Klaus Landrath, HWK~~ Thomas Rohloff, HWK

1.6 Ausschuss für Einwohner*innen-Beteiligung

von der SPD-Fraktion

Mitglied		Liste der Stellvertretungen	
		3.	~~NN~~ Alfred Oehlmann
		4.	~~NN~~ Kathleen Dewor-Heining

1.7 Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien

von der SPD-Fraktion

Mitglied		Stellvertretung	
		7.	~~RH Stephan Brinktrine~~ Marius Herwig

1.8 Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Migration

von der CDU-Fraktion

Mitglied		Liste der Stellvertretungen	
		9.	~~NN~~ Kasra Rafati Sajedi

1.9 Ausschuss für Umweltschutz, Klimaschutz und Bauwesen

von der SPD-Fraktion

Mitglied		Liste der Stellvertretungen	
		4.	~~NN~~ Stephan Grote
		5.	~~NN~~ Hedwig Liekefedt

1.10 Ausschuss für Verkehr und Mobilität

von der SPD-Fraktion

Mitglied		Liste der Stellvertretungen	
		3.	~~NN~~ Simon Pohlmann
		4.	~~NN~~ Ute Hagemann

von der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP

Mitglied		Liste der Stellvertretungen	
		2.	~~NN~~ Jacqueline Wefers

1.11 Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Liegenschaften und Digitalisierung

von der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP

Mitglied		Liste der Stellvertretungen	
		2.	~~NN~~ Michael Drüppel

1.12 Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetriebe

von der CDU-Fraktion

Mitglied		Liste der Stellvertretungen	
6.	~~NN~~ Ingrid Senbert	4.	~~Ingrid Senbert~~ NN

von der SPD-Fraktion

Mitglied		Liste der Stellvertretungen	
8.	~~RH Christian Lür~~ Beate Kretzschmar	2.	~~Beate Kretzschmar~~ NN

1.13 Betriebsausschuss citeq

von der SPD-Fraktion

Mitglied		Liste der Stellvertretungen	
		1.	~~RF Maria Winkel~~ Matthias Elzinga
		2.	~~NN~~ Martina Kobras

1.14 Betriebsausschuss Münster Marketing

von der SPD-Fraktion

Mitglied		Liste der Stellvertretungen	
		1.	~~RF Charlotte Post~~ Beate Vilhjalmsen

1.15 Kulturausschuss

von der CDU-Fraktion

Mitglied		Liste der Stellvertretungen	
		4.	~~NN~~ Tobias Jainta

von der SPD-Fraktion

Mitglied		Liste der Stellvertretungen	
		4.	~~NN~~ Peer Kollecker

1.16 Rechnungsprüfungsausschuss

von der SPD-Fraktion

Mitglied		Liste der Stellvertretungen	
		1.	~~RH Noah Börnhorst~~ Marianne Koch
		2.	~~NN~~ Christian Brinkert

von der Ratsgruppe Die PARTEI/ÖDP

Mitglied		Liste der Stellvertretungen	
		2.	~~NN~~ Roland Scholle

1.17 Sportausschuss

von der SPD-Fraktion

Mitglied		Liste der Stellvertretungen	
		4.	~~NN~~ Annette Ulrich

1.18 Wahlausschuss

von der SPD-Fraktion

Mitglied		Stellvertretung	
		2.	~~NN~~ Tom Hülk

1.19 Wahlprüfungsausschuss

von der SPD-Fraktion

Mitglied		Stellvertretung	
		1.	~~RH Noah Börnhorst~~ Anne Schulze Wintzler
		2.	~~RF Lia Kirsch~~ Tom Hülk

1.20 Verbandsversammlung EUREGIO

von der SPD-Fraktion

Mitglied		Stellvertretung	
		5.	~~NN~~ RH Philipp Hagemann

1.21 EUREGIO-Rat

von der SPD-Fraktion

Mitglied		Stellvertretung	
		5.	~~NN~~ RH Philipp Hagemann

1.22 Verwaltungsrat Sparkasse Münsterland Ost

von der SPD-Fraktion

Mitglied		Stellvertretung	
		7.	~~RH Noah Börnhorst~~ Julian Löhe

1.23 Aufsichtsrat Altenzentrum Klarastift gGmbH

von der SPD-Fraktion

Mitglied		Stellvertretung	
		3.	~~RH Noah Börnhorst~~ Carola Peters

1.24 Aufsichtsrat Bauwerke Münster GmbH

von der SPD-Fraktion

Mitglied		Stellvertretung	
		9.	~~RF Dr. Tanja Ader~~ Sven Frenck
		10.	~~RH Stephan Brinktrine~~ Yvonne Karst

1.25 Aufsichtsrat KonvOY GmbH

von der SPD-Fraktion

Mitglied		Stellvertretung	
		7.	~~RF Charlotte Post~~ Alexander Bliefernich
		8.	~~RH Christian Lür~~ Annette Ulrich

1.26 Aufsichtsrat Messe und Congress Centrum Halle Münsterland GmbH

von der SPD-Fraktion

Mitglied		Stellvertretung	
		8.	~~RF Dr. Tanja Ader~~ Sandra Beer

1.27 Beirat Theaterhaus Pumpenhaus gGmbH

von der SPD-Fraktion

Mitglied		Stellvertretung	
		3.	~~BM Maria Winkel~~ Beate Vilhjalmsen

1.28 Beirat Justizvollzugsanstalt

Zur Berufung in den Beirat wird benannt:

von der SPD-Fraktion

Mitglied	
7.	Michael Kleyboldt Ronja Mühlinghaus

1.29 Aufsichtsrat Stadtwerke Münster GmbH

von der CDU-Fraktion

Mitglied	
4.	~~RH Walter von Göwels~~ Dr. Hans Moormann

2. Folgendes nimmt der Rat zur Kenntnis:

2.1 Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderung

von der Fraktion GRÜNE

Mitglied		Liste der Stellvertretungen	
		2.	~~NN~~ RF Dr. Katharina Foreman

2.2 Beirat Rieselfelder

von der SPD-Fraktion

Mitglied		Stellvertretung	
		1.	~~RF Doris Feldmann~~ Hedwig Liekefedt

2.3 Schulbaukommission

von der SPD-Fraktion

Mitglied	
6.	~~RH Noah Börnhorst~~ Rixa Borns“

Punkt 24 der Tagesordnung**Verschiedenes**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

gez.
Tilman Fuchs
Vorsitz

gez.
Andreas Lembeck
Schriftführung